

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martin Brandl und Guido Ernst (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

### Anstieg der Schulentlassenen ohne Schulabschluss

Die **Kleine Anfrage 2112** vom 23. Januar 2014 hat folgenden Wortlaut:

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes vom Januar 2014 ist der Anteil der Schulentlassenen ohne einen Hauptschulabschluss in 2013 um zwei Prozent angestiegen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Zahlen angesichts ihrer Bemühungen, die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss zu senken?
2. Worin sieht die Landesregierung die Ursachen für den signifikanten Anstieg der Schüler ohne Schulabschluss?
3. Sieht die Landesregierung einen Zusammenhang zwischen der seit Jahren schlechter werdenden Unterrichtsversorgung an Realschulen plus und der wieder wachsenden Zahl von Schülern ohne Schulabschluss?
4. Bis wann plant die Landesregierung, das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ flächendeckend zu etablieren?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. Februar 2014 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Nach den ursprünglich vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen lag der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Berufsreife der allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 konstant bei 5,4 %. Allerdings hat sich, wie erst bei Nachprüfung nach der Veröffentlichung des Landesamtes festgestellt wurde, in der Statistik ein Rückmeldefehler einer Schule niedergeschlagen. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne den Abschluss der Berufsreife ist tatsächlich rückläufig, der prozentuale Anteil sinkt auf 5,3 %. Das Statistische Landesamt hat die Zahlen inzwischen entgegenkommenderweise korrigiert.

In diesen Zahlen sind auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf enthalten, die die allgemeinbildende Schule mit einem Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt Ganzheitliche Entwicklung bzw. mit einem Abschluss- oder Abgangszeugnis im Förderschwerpunkt Lernen verlassen haben.

Der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss ist in den letzten Jahren sehr deutlich zurückgeführt worden. 2003 lag der Anteil noch bei 9,1 %. Rheinland-Pfalz steht dabei im Ländervergleich sehr gut da und liegt seit Jahren unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist das Ergebnis erheblicher Anstrengungen für eine intensivere individuelle Förderung, von Projekten wie „Keine(r) ohne Abschluss“ und eines stetigen Ausbaus der Berufsorientierung in den Schulen.

Die Feststellung, dass die Unterrichtsversorgung an Realschulen plus seit Jahren schlechter wird, ist nicht korrekt: Die Unterrichtsversorgung hat sich z. B. vom Schuljahr 2011/2012 zum Schuljahr 2012/2013 um 0,3 Prozentpunkte verbessert.

b. w.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung hatte zu keinem Zeitpunkt geplant, das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ flächendeckend einzuführen. Das Projekt startete zum Schuljahresbeginn 2009/2010. Nachdem es in zwei Pilotschulen, einer Integrativen Realschule (Ransbach-Baumbach) und einer Kooperativen Realschule (Ramstein-Miesenbach) angelaufen war, wurde der Kreis der am Projekt teilnehmenden Schulen nach und nach erweitert. Im laufenden Schuljahr wird es an insgesamt zehn Realschulen plus im Land realisiert. Das Angebot wird auch von Schülerinnen und Schülern benachbarter Schulen wahrgenommen, u. a. an Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Die Einrichtung des Projektes an allen Realschulen plus ist nicht vorgesehen.

Das Projekt ergänzt das Angebot der 54 berufsbildenden Schulen, die u. a. mit dem Berufsvorbereitungsjahr einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Startchancen in Ausbildung und Beruf leisten. Auf Empfehlung der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schule wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Struktur des Berufsvorbereitungsjahres auseinandersetzt und Vorschläge zu dessen Weiterentwicklung unterbreitet. Dabei werden auch die im Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigt.

Doris Ahnen  
Staatsministerin